Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 13 (1937-1938)
Heft: 9

Artikel: Die oesterreichische Mahnung
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1066405

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

DIE OESTERREICHISCHE MAHNUNG

Von einem katholischen österreichischen Politiker

Illustration von H. Tomamichel

Was sind die innenpolitischen Gründe, warum das Regime Schuschnigg versagte? Wir haben einen österreichischen, katholischen Politiker gebeten, uns darüber zu schreiben. Wenn auch die Verhältnisse in Österreich in jeder Beziehung anders liegen als in der Schweiz, können wir doch aus dem österreichischen Zusammenbruch wertvolle Lehren ziehen.

Der verhängnisvolle Kompromiss

Der Untergang des österreichischen Staates ist in seiner tiefsten Ursache auf die Unzulänglichkeit des Versuches zurückzuführen, demokratisches und faschistisches Gedankengut zu einer brauchbaren « dritten Grösse » zu verbinden. Demokratie ohne wirkliche Freiheit, Diktatur ohne die ganze Brutalität des « totalen Zwanges » haben aber keine politische Realität.

In Österreich sind auch heute noch viele Menschen der Auffassung, dass die Beibehaltung der demokratischen Spielregeln die Eigenstaatlichkeit Österreichs gesichert hätte. Diese Ansicht hört man auch sehr oft im Ausland. Als wichtigstes Argument wird hierbei ins Treffen geführt, dass ein demokratisches Österreich sich auf das Bollwerk einer Koalition der Christlich-Sozialen und der Sozialdemokraten hätte stützen können, als Ausdruck der überwiegenden Mehrheit der österreichischen Bevölkerung.

Andere Österreicher neigen wieder zu der Ansicht, dass der faschistische Gedanke, wie er in der Persönlichkeit des Fürsten Starhemberg vertreten wurde, allein in der Lage gewesen wäre, den Anprall des Nationalsozialismus erfolgreich abzuwehren.

Photo: Hans Baumgartner

Da nach Auffassung der massgebenden Kreise die Möglichkeit einer Überbrückung der vorhandenen Gegensätze niemals bestand, wäre die klare Entscheidung der Bundesregierung nach der einen oder andern Seite das natürlichste gewesen. Diese Entscheidung, die, wie wir heute feststellen dürfen, die Schicksalsfrage Österreichs in sich schloss, fiel aber niemals. Es wäre billig und ungerecht, zu behaupten, Dr. Schuschnigg habe sich nur deshalb nicht « entschieden », weil er sich auf beide Richtungen stützen wollte. In Wirklichkeit war der österreichische Altbundeskanzler ebenso, wie sein Vorgänger Dr. Dollfuss, von dem Glauben an die Realität der « dritten Möglichkeit» erfüllt. Das war ja eben die « österreichische Mission », in diesen Schicksalstagen Europas den kühnen Versuch zu unternehmen, der Welt beweisen zu wollen, es gäbe jenseits der Staatstotalität, wie im Faschismus und Bolschewismus verkörpert, aber auch jenseits der Demokratie noch eine dritte Möglichkeit der Staatsform, nämlich jenen « christlichen Ständestaat », den die päpstlichen Enzykliken « Quadragesimo anno » und « Rerum novarum » den Staatsmännern empfahlen. In Wirklichkeit handelte es sich aber hierbei um eine Verbindung demokratischer und faschistischer Gedankengänge.

Während aber Dr. Schuschnigg von tiefstem Glauben an diese « österreichische Mission » erfüllt war, merkten seine Anhänger gar bald, dass man auf diesem Wege nicht weiterkam.

Die Demokraten vermissten die althergewohnten Freiheitsrechte. Der ständische Aufbau, der sich dazu noch sehr schleppend vorwärtsbewegte, wurde nicht als ein entsprechender Ersatz für die freie Wahl empfunden. Das Führerprinzip, das sich in vielen öffentlichen Vertretungen durchgesetzt hatte, verfiel der Ablehnung. In diesen Kreisen schalt man den Staat als faschistisch und desinteressierte sich immer mehr.

Die Faschisten hingegen träumten bis zur Auflösung ihrer Organisation von der totalen Machtergreifung und hatten für den « christlichen Ständestaat », so wie er sich ihnen repräsentierte, nur ein mildes Lächeln übrig.

Da beide Gruppen Einfluss besassen, kam es zu jener Politik der Halbheiten, die jede klare Linie vermissen liess und daher niemanden befriedigen konnte.

So kam es, dass ein gewiss kühner, aber praktisch unzulänglicher Versuch nur dazu führte, die eigene Anhängerschaft zu verärgern und die notorischen Staatsfeinde nur noch fester zusammenzuschmieden. Der Umstand, dass gleichzeitig die Demokraten ihre Stimme gegen den Faschismus in Österreich erhoben, während die Faschisten von einem demokratischen Greisenstaat sprachen und dabei beide als Objekt ihrer Angriffe dasselbe Staatsgebilde, eben den «christlichen Ständestaat » meinten, beweist besser als alle andern Argumente die Fehlkonstruktion der österreichischen Verfassung.

Demokratie war unmöglich

Wäre ein wirklich demokratisches Regime in Österreich überhaupt möglich gewesen? Nein, wenigstens damals nicht mehr, als Dollfuss mit der Demokratie Schluss machte. Demokratie, wie man sie z. B. in der Schweiz kennt, hätte in Österreich ewigen Bürgerkrieg bedeutet. Man darf nämlich nicht vergessen, dass sich in Österreich die Praxis der « bewaffneten Parteien » entwickelt hatte. Die Sozialdemokraten hatten ihren « Schutzbund », der Heimwehrblock die militärisch ausgezeichnete Organisation der «Heimwehren», die Christlich-Soziale Partei verfügte schon immer über die « Wehrzüge der Christlich Deutschen Turnerschaft », und nicht zuletzt konnte sich die NSDAP auf die bekannten Formationen der SA und der SS stützen. Wie unter diesen Umständen der bürgerliche Friede hätte aufrechterhalten werden sollen, muss jedem Sachkenner der österreichischen Verhältnisse schleierhaft erscheinen, zumal unter Berücksichtigung des Volkscharakters vornehmlich in den

Hermann Huber Federzeichnung

Alpenländern. Der Österreicher ist halt nun einmal ein «fescher Kerl», ein Raufhandel bedeutet für ihn eigentlich nur der normale Abschluss seines Sonntagsvergnügens. Wer diese Ansicht bezweifelt, dem ist dringend zu raten, sich einmal die landesüblichen Dorfbelustigungen in Steiermark, Kärnten, Tirol oder Burgenland anzusehen. Er wird sich wundern, wie schnell die Bewohner dieser Alpenländer bereit sind, wegen jeder Kleinigkeit aus ihrer Lederhose das Messer zu ziehen. Früher mag dies zwar die landläufige Art gewesen sein, persönliche Händel auszutragen, in den Jahren der politischen Verhetzung aber gab es überhaupt keine menschliche Beziehung mehr, die nicht irgendwie politisch gefärbt war. Diese Feststellung lässt erkennen, dass die Wehrverbände an sich zu den Totengräbern der Demokratie gehören.

Noch wesentlicher aber ist die Hervorkehrung des Gedankens, dass die Stärke der Demokratie doch einzig und allein in dem Willen der Bewohner eines Landes zur Demokratie zu suchen ist. Dieser Wille war aber in Österreich absolut nicht mehr vorhanden. Wenn diese Behauptung auch von den Wiener Kaffeehausbesuchern geleugnet wird, die Tatsache bleibt doch bestehen, dass sowohl die Sozialdemokraten wie die Heimwehren und die NSDAP immer den bewaffneten Aufstand in Erwägung zogen und ihrer Anhängerschaft dauernd zu wissen gaben, dass sie eines Tages die totale Macht im Staat antreten werden.

Die einzige Partei, die diesen Staatsstreich nicht in ihr Programm aufgenommen hatte, ist dann kurioserweise diejenige gewesen, die am 7. März 1933 zur Tat schritt und die Demokratie mittels eines revolutionären Aktes umbrachte. Das waren eben jene christlich-sozialen Politiker, denen es richtiger schien, die Diktatur nicht den Diktatoren zu überlassen, sondern sie von Menschen aufzurichten, die im Grund ihres Herzens Demokraten waren. So sehr diese Lösung an sich der österreichischen Geistesrichtung entsprach, sie enthielt dennoch einen grundlegenden Fehler: sie ging nämlich davon aus, dass man überhaupt eine Diktatur durch Demokraten errichten könne und übersah dabei, dass die demokratische Geisteshaltung sich niemals mit der Unerbittlichkeit der diktatorischen Machtentfaltung vereinbaren lässt.

Einige wenige Beispiele mögen in diesem Zusammenhang aufzeigen, mit welcher Harmlosigkeit die österreichische Diktatur ausgeübt wurde.

Die Diktatur, die keine war

Einige ehemalige Schutzbündler, die nach dem Februarputsch aus Österreich geflüchtet waren, hatten bei Ausbruch des spanischen Bürgerkrieges der internationalen Brigade ihre Dienste angeboten. Dort verlangte man von ihnen alle möglichen Beweise ihrer politischen Zuverlässigkeit. Da sie keine Dokumente besassen, wurden sie einstweilen als verdächtig festgesetzt. In ihrer Verzweiflung schrieben sie ihren Frauen, die in Österreich zurückgeblieben waren. Diese (es handelte sich um Familien aus ein und derselben Ortschaft) wandten sich an den betreffenden Gendarmeriekommissar, der, nebenbei gesagt, ein wirklicher Gegner der Marxisten war. Als diesem der Fall vorgetragen wurde, fing er erst an zu lachen. Er kannte nämlich die betreffenden Leute als aktive Kommunisten sehr gut und hatte sie wiederholt verhaftet. Der Umstand nun, dass die Roten in Spanien misstrauisch waren, erschien ihm wie ein guter Witz. Aber den Leuten musste doch irgendwie geholfen werden, auch wenn sie politische Gegner waren, die der Herr Gendarmeriekommissar an sich nicht ausstehen konnte. Also setzte er sich hin und fertigte Abschriften der polizeilichen Strafregister an, versah diese mit einem ordnungsgemässen Stempel und gab sie den Frauen mit auf den Weg. Diese schickten dann die Doku-

mente als Beweisstücke ihren Männern, und die Angelegenheit ging somit in Ordnung.

In den heissen Tagen des Juliputsches wurde ein Nationalsozialist mit der Waffe in der Hand von Angehörigen der ostmärkischen Sturmscharen verhaftet und ins Gefangenenhaus eingeliefert. In diesen Tagen war viel Blut geflossen und die Stimmung im Regierungslager demzufolge sehr erbittert. Der Gefangene hatte trotz alledem Gelegenheit, folgende Angelegenheit an den Mann zu bringen. Er habe vergessen, seiner Katze Milch hinzustellen, und diese laufe jetzt, wo er doch verhaftet sei und sich um sie nicht kümmern könne, Gefahr, zu verhungern. Also entschied der Sturmscharhäuptling: « Bringen S' den Mann in seine Wohnung, damit er dem Katzl Milch geben kann! » Worauf sich die Eskorte in Trab setzte.

Als in den Abendstunden des «schwarzen Freitag» dem Kassierer einer Landesführung der Vaterländischen Front das Ansinnen gestellt wurde, einen Teil des Geldes als Fluchthilfe zu verteilen, bekam dieser einen roten Kopf und erklärte: « Ich bin eben dabei, die Kasse abzurechnen. Die Nazis sollen sehen, dass alles auf den Groschen stimmt! Dafür bin ich verantwortlich. » Auf diese Weise fielen die ganzen V. F.-Gelder den Nazis in die Hände, während viele brave Österreicher ohne einen Rappen in der Tasche ins Ausland flüchten mussten. Der betreffende Mann kann nun im Gefängnis darüber nachsinnen, ob es tunlich war, den Nazis die ganze Beute zu überlassen.

Mit diesen wenigen Beispielen soll nur gesagt werden, dass Menschen, die von Haus aus gutmütig sind und vor allem unter allen Umständen die Gesetze achten, absolut nicht fähig sind, eine Diktatur gegen den Nationalsozialismus wirksam aufzurichten. Was man in ausländischen Zeitungen in Österreich mit « Klerico-Faschismus » bezeichnete, war in Wirklichkeit nichts anderes als die Herrschaft sehr harmloser Menschen, die jede Härte vermeiden wollten und denen die « Autorität » ihrer Regierung eine zeitgemäss zwar erforderliche, immerhin aber unangenehme Sache war.

Auch Schuschnigg war alles andere als ein Diktator. Er war ein guter und grundanständiger Mensch, aber eben nicht der « Führer », und deshalb nahm niemand seine Parole «Sieg oder Tod!, rot-weiss-rot » wirklich ernst. Das österreichische Schicksal war das Geschick eines Staates, der gezwungen war, eine Diktatur ohne wirklichen Diktator zu errichten.

Das Fazit

Welche Lehren bietet nun das Schicksal Österreichs den demokratischen Ländern? Aus der Erkenntnis, dass politische Ideologien niemals verfälscht werden dürfen, weil sie sonst ihre ursprüngliche Schlagkraft verlieren, ergibt sich, dass auch die Demokratie nur dann stark bleiben kann, wenn sie in keiner Weise mit faschistischen Methoden liebäugelt.

Vor allem in Krisenzeiten darf sich ein Staat keine Experimente erlauben. Der demokratische Staat darf also unter keinen Umständen die Idee der Freiheit, auf welcher er aufgebaut ist, preisgeben. Dabei ist aber eines wichtig: Auch die Freiheitsrechte der Demokratie müssen dort ein Ende haben, wo sie das Wesen der Demokratie selbst bedrohen. Unter keinen Umständen darf sich die Demokratie von jenen Parteien missbrauchen lassen, welche sie vernichten wollen. Die demokratischen Theoretiker, welche um der demokratischen Freiheitsrechte willen es nicht übers Herz bringen, Massnahmen gegen jene Parteien zu ergreifen, die ihrem Wesen nach antidemokratisch sind, sägen den Ast ab, auf dem sie sitzen.

Eine Demokratie, welche tatenlos zusieht, wie der Todfeind, sei es Kommunismus oder Nationalsozialismus, die demokratischen Einrichtungen benutzen, um das Volk zu vergiften, gleicht einem Manne, der seinen Mördern den Dolch zur Bluttat reicht.